



Der Flüchtling wird zum Leistungsnachweis

Stellungnahme von *acompa* – *Begleitungsgruppe für Flüchtlinge und Migrant_innen* zu dem Beschluss des Bremer Senats über ein „Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“

Im März 2015 hat der Bremer Senat ein „Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ beschlossen und sich, über die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, mit einer Bitte um Unterstützung an die Universität und die Hochschulen des Landes Bremen gewandt: Zukünftig können Studierende unter anderem unbezahlte Praktika in Unterkünften oder in Ämtern absolvieren, die für die Verwaltung der Geflüchteten zuständig sind. Im Gegenzug erhalten sie Credit Points oder andere Leistungsnachweise.

*Wir von *acompa* als selbstorganisiertem Projekt, das mehrheitlich von Studierenden getragen wird, sehen uns, durch die Kooperation der Universität und Hochschulen mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für die Umsetzung dieses senatorischen Sofortprogramms, zu einer kritischen Stellungnahme veranlasst.*

1. Such dir doch was Schönes raus!

Praktika in Ämtern und Übergangwohnheimen, Deutschkurse etc. etc. - das Sofortprogramm des Senats besteht aus einem Konglomerat an staatlichen Hilfsangeboten. Hieraus dürfen sich Studierende die Formate herauspicken, die für sie am Spannendsten klingen. Dabei geht aus der Anfrage nicht hervor, was sich eigentlich konkret hinter den einzelnen Bereichen verbirgt. Welche Aufgaben sollen Studierende übernehmen? Nur die Essensausgabe im Übergangwohnheim? Oder gleich auch die Altersfeststellung von minderjährigen Geflüchteten im Amt für Soziale Dienste? Unsere Kritik richtet sich jedoch nicht nur gegen die vage Formulierung des Bremer Senats.

2. Studis machen Flüchtlinge funktionsfähig

Die voranschreitende neoliberale Prekarisierung der akademischen Einrichtungen versetzt Studierende mehr und mehr in die Zwangslage, möglichst viele Praktika in immer kürzeren Zeiträumen und bei einer dementsprechenden Konkurrenz zu anderen Bewerber*innen zu absolvieren. Da kommt ein „Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ vielen nur Recht: Denn hier gibt's einen Praktikumsplatz ohne lange Sucherei und ohne mühselige Bewerbungsschleifen. Das gute Gefühl „*mal was Sinnvolles für die Flüchtlinge getan zu haben*“ gibt es als Sahnehäubchen oben drauf. Was dabei außen vor bleibt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit

den oft sehr fragwürdigen staatlichen Handlungskonzepten, die in Wohnheimen und Ämtern praktiziert werden. Dafür bietet das Sofortprogramm keinen Raum. Dafür ist das Sofortprogramm offensichtlich nicht vorgesehen.

3. Marktnachfrage: Flüchtlingsverwaltung

Ganz im Einklang mit der gegenwärtigen Asylpolitik dient dieses Sofortprogramm hauptsächlich dazu, fluchtsuchende Menschen so gut wie möglich an die Anforderungen des neoliberalen Arbeitsmarktes anzupassen. Die Praxis der staatlichen Behörden ist ausschließlich darauf ausgerichtet, die Menschen zu verwaltbaren Objekten zu degradieren, sodass sie in einer *weiß*-normativen Gesellschaft nicht mehr störend auffallen. Für diese Praxis werden jetzt auch Studierende angeworben. Hier geht es nicht um eine interessensgeleitete Kontaktaufnahme mit den Menschen, die hinter dem Status „Flüchtling“ versteckt werden. Ebenso wenig Beachtung erfahren die individuellen Bedarfe und Wünsche der Geflüchteten. Die Bereiche, die in dem Sofortprogramm des Senats aufgelistet sind, wurden nicht mit den Menschen ausgehandelt, auf die sie sich beziehen. Sie entspringen einer administrativ spekulierten Logik. Es bleibt daher zu fragen: Cui bono?

Aus einer neoliberalen Sicht betrachtet lässt sich feststellen: Die gewachsene Anzahl an Geflüchteten in Bremen hat eine neue Marktnachfrage generiert. Denn, mehr Geflüchtete bedeutet primär mehr verwaltbare Objekte und das bedeutet schließlich mehr Nachfrage nach Personen, die die Geflüchteten verwalten. Selbstverständlich mit einem möglichst geringen Kostenaufwand. Und wer eignet sich da besser als Studierende, die qua Studienordnung oft keine andere Chance haben, als auf schlecht bezahlte oder unbezahlte Praktika zurückzugreifen?

Durch die Kooperation des Bremer Senats mit der Universität und den Hochschulen werden also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen wird die ansteigende Nachfrage nach Verwaltungspersonal bedient und zum anderen ein neuer Praktikumsmarkt für Studierende geschaffen. Ganz sicher dient es nicht dazu, eine längst überfällige kritische und am Menschen orientierte Debatte zu der gegenwärtigen Flucht- und Asylpolitik fortzuführen: *„Studies, hilft dem Staat, die Flüchtlinge verwaltbar und verwertbar zu machen. Wir helfen euch dafür, fehlende Leistungsnachweise zu erbringen.“* So lautet schließlich das Leitmotiv, das dem Sofortprogramm des Senats unterliegt.

4. Geflüchtet? Wenden Sie sich an's Ehrenamt!

Schon lange überträgt der Staat Aufgaben, für die er sich verantwortlich zeigen müsste, auf einen unbezahlten sozialen Sektor. Die Unterstützung geflüchteter Menschen, die einer bestimmten migrations- und fluchtspezifischen Sensibilität bedarf, wird dadurch zum großen Teil von freiwillig engagierten, doch häufig unerfahrenen Personen gedeckt. Genau das passiert nun auch durch die Anfrage der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Das „Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ ist damit wieder einmal Ausdruck einer White Charity, die in kolonialistischer Tradition bis heute ungebrochen praktiziert wird.

5. 1 CP für 16-jährige, 3 CPs für 18jährige?

Die staatlich angeordnete Altersfeststellung von jungen Geflüchteten wird seit jeher von Flüchtlingsinitiativen und -organisationen massiv kritisiert. Die Altersfeststellung stellt nicht nur eine entwürdigende Praxis dar, die eine selbstbestimmte Identitätsaushandlung des Menschen missachtet: Sie hat vor allem auch weitreichende Folgen für den Verbleib der schutzsuchenden Menschen. Denn die Jugendlichen, deren Alter auf diese Weise willkürlich auf 18 Jahre festgelegt wird, sind ausreisepflichtig. Das heißt konkret: Ausnahmslose Abschiebung.

Diese ohnehin zweifelhafte und entwürdigende Praxis der Altersfeststellung wird nun weiter ad absurdum geführt: So wurde in den vergangenen Wochen unerfahrenen Studierenden, zum Beispiel diese Aufgabe im Rahmen ihrer Praktika aufgetragen. Was kommt als Nächstes? 1 Credit Point wenn auf 16, 3 Credits wenn auf 18 geschätzt wird?

6. Der Flüchtling – nur eine Kategorie

Wir von *acompa – Begleitungsgruppe für Flüchtlinge und Migrant_innen* kritisieren scharf, dass die Universität und die Hochschulen des Landes Bremen uneingeschränkt das „Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ des Bremer Senats unterstützen. Wir sehen dieses Sofortprogramm verortet in einem hegemonialen Integrationsdiskurs, in dem geflüchtete Menschen objektiviert, auf ihre vermeintliche Bedürftigkeit reduziert und dadurch in eine Opferrolle gepresst werden. Nun sollen auch fleißige, engagierte Studierende, denen noch Leistungsscheine fehlen, jene Menschen assimilations- und funktionsfähig machen für eine neoliberale, *weiß*-normative Gesellschaft.

Wir von *acompa* fordern daher die Bremer Universität und Hochschulen auf:

- Keine Unterstützung von behördlich verordneten paternalistischen Maßnahmen zur Integration von geflüchteten Menschen.
- Mehr direkte solidarische und emanzipatorische Kooperation mit geflüchteten Menschen, bei denen der Mensch und nicht der Status „Flüchtling“ im Vordergrund steht.
- Mehr Räume an Uni und Hochschulen schaffen für (selbst-)reflexive Auseinandersetzungen mit den gegenwärtigen Flucht- und Asyldiskursen. Nur so können der Reproduktion weiß-paternalistischer Opferdiskurse ein kritisch-emanzipatorischer Umgang mit der hiesigen Asyl- und Flüchtlingspolitik entgegengesetzt werden.

Geflüchtete Personen sind kein Leistungsnachweis!

**Für eine Gesellschaft ohne Barrieren, in der alle geflüchteten Menschen, die möchten,
weiter lernen und studieren können!**